

Rechnungshof: Menschen in Graz leben erheblich kürzer Es gibt zu viel Staub in Österreich, besonders in der Steiermark - die Maßnahmen zur Reduzierung wurden für unzureichend befunden

Wien/Graz - Der Rechnungshof (RH) hat die Maßnahmen von Bund und Land Steiermark zur Feinstaubreduzierung geprüft und für unzureichend befunden. Besonders belastet ist die Steiermark, wo drei Viertel der Bevölkerung in stark belasteten Gebieten leben. Die Feinstaubbelastung führte in Österreich zu einer Verminderung der Lebenserwartung der Bevölkerung um durchschnittlich neun Monate, in stark belasteten Gebieten wie etwa in Graz um bis zu 17 Monate.

Dem könne nicht mit einer einzelnen hochwirksamen Maßnahme abgeholfen werden, räumen die Prüfer ein - aber die gesetzten Einzelmaßnahmen seien eben auch nicht konsequent genug.

Emissionsgrenzwerte im Gewerbe

Der RH sieht besonders den Bund säumig: "Vor allem der Bund hat wichtige Handlungsoptionen zur Emissionsreduktion noch nicht ausgeschöpft." Dringend wäre demnach, die Emissionsgrenzwerte nach dem Stand der Technik zu normieren - was die Gewerbeordnung auch vorsieht.

"Die Diskussionen im Zuge der Überarbeitung der bestehenden Verordnungen zeigten, dass mit einer Anpassung von Betriebsanlagen-Normen an den Stand der Technik in vielen Branchen die Staubgrenzwerte mehr als halbiert werden könnten", wissen die Prüfer. Sie deckten auch auf: Eine systematische behördliche Kontrolle von Betriebsanlagen fand in der Steiermark nicht statt.

Bisher kein Nutzen

Der RH stellt fest, "dass die bisher getroffenen Maßnahmen keinen quantifizierbaren Nutzen zur Feinstaubreduktion gebracht haben".

Auch beim Hausbrand, einer weiteren Quelle von Stäuben, würde die Kontrolle von Heizungsanlagen eine Reduzierung bringen: "Insbesondere war in der Steiermark zur Zeit der Gebarungsüberprüfung keine regelmäßige Überprüfung von Heizungsanlagen in Hinblick auf Luftschadstoffemissionen vorgeschrieben." Die Politik konzentrierte sich hier voll auf den Klimaschutz, vergesse aber die Staubemissionen. Es dauerte fünf Jahre, bis die Landesregierung ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen ist, mit einer Verordnung Rahmenbedingungen für den Betrieb von Heizungsanlagen sowie Bestimmungen über die regelmäßigen Überprüfungen der Anlagen auf ihre Betriebswerte zu erlassen.

Versagen der Politik

"Das ist wieder eine unglaubliche Geschichte in der Umweltpolitik in Österreich - ein völliges Versagen der Politik zulasten der Gesundheit der Menschen. Es ist zu hoffen, dass diese klaren Aussagen die politische Untätigkeit und das Versagen in der Luftschutzpolitik endlich beenden", sagt dazu die Grünen-Umweltsprecherin Ruperta Lichtenecker.

SPÖ-Rechnungshofsprecher Günther Kräuter sagte: "Der erschütternden Tatsache, dass die Menschen in Graz erheblich kürzer leben, muss mit rigorosen Maßnahmen auf allen Ebenen entgegengewirkt werden." Besonders aber sei der Bund gefordert. (cs, DER STANDARD Printausgabe 8.6.2007)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2910566>